



perspektiefe

Thema: Wie weiter mit der Arbeitsgesellschaft?

Ausgabe 7 Dezember 2004

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser Ausgabe der Perspektiefe werden wir den Schwerpunkt „Wertewandel in der Gesellschaft“ abschließen. Unter die Lupe nehmen wir dieses Mal den Wandel in der Arbeitsgesellschaft. Sind die vorgeschlagenen Wege wie Arbeitszeitverlängerung oder niedrigere Löhne die zukunftsweisenden Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit? Oder muss man das Muster „Immer mehr desselben“ verlassen und über andere Arbeitsformen, die

Verteilung von Arbeit und über qualitatives statt quantitatives Wachstum nachdenken? Mit den vorliegenden Beiträgen laden wir wie immer zu einer lebhaften Diskussion ein.

Ihre
Gundel Neveling
Leiterin des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung

Echte Reformen statt mehr desselben

Für eine neue Kultur der Arbeit

Politik und Arbeit

So lange die Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden wird, können auch alle anderen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft nicht wirklich gelöst werden. Weil die seit nunmehr dreißig Jahren steigende Arbeitslosigkeit zum gesellschaftspolitischen Schlüsselproblem Nummer eins geworden ist, bemühen sich alle politischen Parteien und viele gesellschaftliche Gruppierungen um Lösungen.

Eine Momentaufnahme der Arbeitsgesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts zeigt, dass Arbeit und Leben immer noch aufs engste verknüpft sind. Erwerbsarbeit hat weiterhin eine Schlüsselfunktion für die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben. Dabei kommt die mit dem Industriezeitalter eingeführte Erwerbsarbeit möglicherweise an ihr Ende. Produktivität, Organisationsformen und gesellschafts- und umweltpolitische Voraussetzungen haben sich so verändert, dass eine grundlegende Umgestaltung und Anpassung der Arbeitsorganisation an die neuen Rahmenbedingungen erforderlich ist. Gerade die Hartzreformen verstärken die unmittelbare Koppelung von Arbeit und lebenssicherndem Einkommen. Notwendig wären eher Modelle, die eine Grundsicherung mit verschiedenen Formen von Arbeit verknüpfen.

Mittlerweile zieht sich durch fast alle Schichten der Gesellschaft die Angst vor Arbeitsplatzverlust wie ein roter Faden der Depression durch das kollektive Gemüt. Die Einfachstarbeitsplätze für niedrig Qualifizierte sind ohnehin der steigenden Produktivität einer wissensbasierten Produktion zum Opfer gefallen und – so

weit nicht durch Maschinen ersetzt – ins Ausland abgewandert. Aber die Drohung des Arbeitsplatzverlustes gilt, wie wir inzwischen wissen, auch den hochqualifizierten Facharbeitern und Ingenieurinnen der Industrie von A wie Automobil bis Z wie Zulieferung. Auch die boomenden Branchen wie das Bankgewerbe kommen trotz exorbitanter Gewinne mit immer weniger lebhaften Menschen aus. Die verbleibenden sehen sich einer immer höheren Belastung ausgesetzt. Die Angst geht also um.

Als Heilmittel wird empfohlen, auf breiter Front die Löhne und Gehälter abhängig Beschäftigter zu senken, den Faktor Arbeit von sog. Lohnnebenkosten zu entlasten, die Arbeitszeit zu verlängern, die Zumutbarkeit jedwede Arbeit anzunehmen zu verschärfen, die Flexibilität und Mobilität der Ware Arbeitskraft in jeder Hinsicht zu steigern. Die Arbeitsgesellschaft soll weiterarbeiten, wie gehabt. Da es mit der Arbeiterei aber nicht mehr einfach so funktioniert wie bisher, werden die Konditionen verändert: Sozialstaat „light“, Arbeit um – fast – jeden Preis, Ausgrenzung der „Untauglichen“. Ob wir auf diese Weise die Zukunftsprobleme auch in der Verantwortung vor kommenden Generationen lösen, mag füglich bezweifelt werden. Die angebotenen Instantlösungen sind nicht wirklich zukunftsträchtig. Daher fragen wir nach Alternativen, die wir „vor Gott und der Welt“ verantworten können. □ Pfarrer Dr. Thomas Posern



Inhalt

- Seite 2 „Wir brauchen kurze Vollzeit“
Interview mit Prof. Dr. Helmut Spitzley, Universität Bremen
- Seite 3 „Wachstum ist kein Selbstzweck“ – Plädoyer für quantitatives Wachstum und Nachhaltigkeit von Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Universität Kassel
- Seite 4 „Neue Maßstäbe in der Wirtschaft“
Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Genug von Pfarrer Dr. Posern

Wir brauchen kurze Vollzeit

Interview mit Prof. Dr. Helmut Spitzley, Universität Bremen, Institut Arbeit und Wirtschaft

perspektiefe im Gespräch

In den Medien wird immer wieder behauptet, die deutsche Wirtschaft sei krank und wenig wettbewerbsfähig. Der Grund seien kurze Arbeitszeiten. Wir müssten „zurück“ zur 40- oder 45-Stundenwoche, um den Standort Deutschland zu retten. Was ist dran an diesem Argument?

Prof. Dr. Helmut Spitzley: Wenn längere Arbeitszeiten gefordert werden, wird dies in der Regel damit begründet, dass die Deutschen im internationalen Vergleich zu kurz arbeiten. Diese Auffassung ist falsch. Die tatsächliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland liegt im Schnitt zweieinhalb Stunden über dem Tarifniveau, exakt bei 39,9 Stunden.

Für die Wohlstandproduktion und die Wettbewerbsfähigkeit kommt es aber nicht allein auf die Länge der Arbeitszeit, sondern ebenso auf das an, was in einer durchschnittlichen Arbeitsstunde tatsächlich geleistet wird. Hier liegen Länder mit kurzen Arbeitszeiten regelmäßig vor Ländern, in denen besonders lange gearbeitet wird. Die Wirtschaftsleistung je Arbeitsstunde liegt in Frankreich mit 117,9, in den Niederlanden mit 116,9 und in Deutschland mit 106,8 Euro sehr viel höher als – im Land mit der längsten Arbeitszeit – Großbritannien mit nur 85,5 Euro. Wie intensiv und produktiv in Deutschland gearbeitet wird und wie wettbewerbsfähig die deutsche Wirtschaft daher ist, wird auch dadurch belegt, dass Deutschland weltweit am meisten exportiert und regelmäßig hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzielt.

Wäre eine Arbeitszeitverlängerung eine sinnvolle Maßnahme zur Senkung der Arbeitslosigkeit?

Wenn in einem Unternehmen die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden pro Woche angehoben wird, steigt – ohne dass jemand eingestellt würde – die Personalkapazität um 15 Prozent. Wenn die Nachfrage nicht im gleichen Umfang steigt, wären plötzlich 15 Prozent des Personals zu viel an Bord. Mit anderen Worten:



„Wenn in einem Unternehmen die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden pro Woche angehoben wird, steigt – ohne dass jemand eingestellt würde – die Personalkapazität um 15 Prozent. Wenn die Nachfrage nicht im gleichen Umfang steigt, wären plötzlich 15 Prozent des Personals zu viel an Bord.“

Prof. Dr. Helmut Spitzley

Jeder siebte Arbeitsplatz käme in Gefahr. Auf Jahre hinaus könnte niemand mehr eingestellt werden. Im Gegenteil: Als Folge der Arbeitszeitverlängerung würden Stellen gestrichen und betriebsbedingte Kündigungen wahrscheinlich. Höhere Arbeitslosigkeit wäre die unmittelbare Folge.

Bei in Deutschland fast 7 Mio. Erwerbsarbeit suchenden Menschen sollte daher nicht an eine Verlängerung, sondern an eine Absenkung und faire Verteilung von Arbeitszeiten gedacht werden. Eine vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall veröffentlichte Untersuchung belegt, dass bereits jedes fünfte Unternehmen der deutschen Metall- und Elektroindustrie die Möglichkeit zur beschäftigungssichernden Arbeitszeitabsenkung genutzt hat. Nach Untersuchungen am Bremer Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) bewerten Geschäftsleitungen und Betriebsräte ihre praktischen Erfahrungen mit beschäftigungssichernder Arbeitszeitabsenkung positiv.



Immer weniger arbeiten immer mehr.

Welche anderen gesellschaftspolitischen Ziele würden durch eine Arbeitszeitverlängerung berührt?

Bereits heute leiden Menschen mit langen Arbeitszeiten – und übrigens auch Langzeitarbeitslose – überdurchschnittlich oft an Rückenschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Problemen, Depressionen und psychischer Erschöpfung. Verlängerte Arbeitszeiten würden Unfallrisiken, Gesundheitsbelastungen und Probleme mit der Arbeits- und Produktqualität weiter anwachsen lassen.

Eine Verlängerung der Erwerbsarbeitszeiten ist insbesondere für Familien problematisch. Berufstätige Eltern haben oft einen voll durchgeplanten Tagesablauf ohne ausreichende Zeitpuffer. Wenn täglich eine oder zwei Stunden Mehrarbeit dazu kommen, kann dies dazu führen, dass der Job aufgegeben werden muss. Denn es grenzt an die Quadratur des Kreises, einerseits täglich (mit Fahr- und Pausenzeiten) 10 und mehr Stunden außer Haus sein zu müssen und andererseits ausreichend für Kinder sorgen zu können. Die Münchener Familienforscherin Karin Jurczyk formuliert es etwa so: „Man kann nicht die Familien auffordern, mehr

Kinder in die Welt zu setzen und den Eltern dann die Zeit stehlen, die sie brauchen, um sich ausreichend um ihre Kinder kümmern zu können.“ Und wenn es als Folge von Arbeitszeitverlängerung in Unternehmen zu Personalüberhängen kommt und folglich niemand mehr eingestellt wird, haben junge Menschen und nach der Kinderphase in den Beruf zurückkehrende Eltern noch schlechtere Einstiegsmöglichkeiten als heute. Arbeitszeitverlängerung ist daher nicht nur beschäftigungspolitisch kontraproduktiv, sondern führt auch geschlechter- und familienpolitisch in die Sackgasse.

Wenn trotz jährlicher Produktionsrekorde nicht genügend Arbeitsplätze für alle vorhanden sind, ist es gesellschaftlich falsch und unfair, wenn die einen 40 Stunden und mehr arbeiten müssen und die anderen arbeits- und erwerbslos bleiben. Wir brauchen also „kurze Vollzeit“ für alle mit durchschnittlich 35 Stunden und weniger.

□ Die Fragen stellte Dr. Brigitte Bertelmann

Wachstum ist kein Selbstzweck

Plädoyer für qualitatives Wachstum und Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und Arbeit

Zurzeit ist wirtschaftliches Wachstum wieder einmal in aller Munde. Der Bundesfinanzminister braucht Wachstum des Sozialprodukts, um endlich wieder einen zweifelsfrei verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, in dem die investiven Ausgaben eindeutig die Neuverschuldung übersteigen; auch die Erfüllung der seinerzeit gerade von Deutschland geforderten und nun von uns schon mehrfach verfehlten „Maastrichtkriterien“ bei Gesamtverschuldung und Nettokreditaufnahme wird bei höherem Sozialproduktwachstum viel leichter möglich sein als bei stagnierender Wirtschaftsleistung, weil mehr Wachstum in aller Regel zu mehr öffentlichen Einnahmen (Steuern, Abgaben) und zu weniger Ausgaben führt, vor allem für die Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut. Unbestritten bleibt die gemeinsame Überzeugung in Regierung und Opposition, dass mehr Wachstum viele wirtschaftlichen und sozialen Probleme, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, quasi von selbst lösen würde, und so kam die CDU auf die schlaue Idee, die Arbeitszeit wieder auf 40 Stunden zu erhöhen, obwohl dies bekanntlich nicht eine Sache des Parlaments, sondern der Tarifparteien ist, aber fordern kann ja nie schaden. Und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Politiker oder Verbandsfunktionär sich nicht mit neuen Vorschlägen, etwa zu Ladenschluss, Feiertagsstreichung oder Sonntagsarbeit, profiliert, um das Wachstum zu steigern und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

In dieser Situation ist es gut, an Ludwig Erhard, den „Vater“ des deutschen Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg zu denken. Erhard hatte durch rasche Beseitigung planwirtschaftlicher Preis- und Mengenvorgaben, zusammen mit der von den Alliierten verantworteten Währungsreform, seit 1948 einen beispiellosen Wachstums- und Expansionsprozess angestoßen, der entschei-

Die Mischung macht's: Nachhaltigkeit und Qualität.



dend für die Bewältigung der ungeheuren Kriegsfolgen gewesen ist. Aber gerade er hat schon sehr früh – und weithin unverstanden – darauf hingewiesen, dass dann, wenn die materielle Lebensführung gesichert ist, geistige und seelische Bedürfnisse stärker in den Vordergrund geraten werden und für diesen Fall gefordert, „dann werden wir in fernerer Tagen auch zu einer Korrektur der Wirtschaftspolitik kommen müssen. Niemand dürfte dann so dogmatisch sein, allein in der laufenden Expansion, d. h. im Materiellen, noch länger das Heil erblicken zu wollen“ (Wohlstand für alle 1957/1997, S. 233). So war es gerade der Vater des wachstumsbestimmten Wirtschaftswunders der 50er Jahre, der darauf hin-



„Das Postulat des wirtschaftlichen Wachstums um seiner selbst willen ist aber nicht nur freiheitsfeindlich und mit einer liberalen Marktgesellschaft unvereinbar, es droht auch die Grundlagen unseres Wirtschaftens zu untergraben.“

Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Universität Kassel, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

wies, dass Wachstum kein Selbstzweck des Wirtschaftens ist, sondern in einer Marktwirtschaft, in der dem Grundsatz nach die Verbraucher bestimmen, wie viel produziert und wie viel gearbeitet wird, ein mögliches Resultat des Wirtschaftens. Wachstum um des Wachstums willen vorzuschreiben, hätte er zu Recht als „illiberal“ angesehen. Erhards Devise war also nicht Wachstum schlechthin, sein viel belächeltes Motto „Maß halten“ zielte vielmehr darauf, die wirtschaftliche Leistungskraft nicht zu überfordern und keine unvereinbaren Ansprüche an das Sozialprodukt zu stellen, etwa über den Produktivitätsfortschritt hinaus gleichzeitig mehr Einkommen und weniger Arbeitszeit zu verlangen.

Das Postulat des wirtschaftlichen Wachstums um seiner selbst willen ist aber nicht nur freiheitsfeindlich und mit einer liberalen Marktgesellschaft unvereinbar, es droht auch die Grundlagen unseres Wirtschaftens zu untergraben, wie die drängenden Probleme unserer natürlichen Umwelt als Folge wirtschaftlicher Überbeanspruchung immer deutlicher zeigen: Die weltweite Gefährdung der Stabilität als Folge menschengemachter Emissionen von Treibhausgasen, die damit verbundene Zunahme extremer Wetterereignisse, die Trinkwasserknappheit in vielen Teilen der Welt, die Verschlechterung der Bodenqualität, die Zunahme von Steppen- und Wüstenlandschaften, die Zerstörung der natürlichen Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten sowie ökologischen Systemen (Biodiversität) und vieles andere mehr zeigen uns eindringlich, dass wir auf einem Irrweg sind, wenn wir glauben, durch kurzfristiges Wachstum um jeden Preis unsere wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu Lasten der Natur lösen zu können.

Aus diesem Grunde haben H. C. Binswanger, H. Frisch und ich bereits 1983 in dem Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ das Konzept des „qualitativen Wachstums“ entwickelt, in dem Wachstum nicht Ziel, sondern eine mögliche Folge des Wirtschaftens ist, nämlich dann, wenn es den Wünschen der Menschen (und nicht einfach der Politiker) entspricht und die Naturgrundlagen nicht untergräbt. Das dann 1987 von der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ vorgelegte Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ erfordert zum einen eine vorrangige Befriedigung von Grundbedürfnissen, vor allem in den Ländern des Südens, wo materielles Wachstum, ähnlich wie bei uns nach dem Kriege, tatsächlich noch wesentlich ist, und zum anderen eine Schonung

> der natürlichen Grundlagen unseres Wirtschaftens, so dass auch künftige Generationen faire Chancen haben, ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse zu befriedigen.

Dieses Konzept wurde rasch aufgegriffen und leider oft vordergründig im Sinne eines traditionellen Wachstumskonzepts missdeutet. Tatsächlich meint aber die Idee der nachhaltigen Entwicklung im Kern genau dasselbe, was wir einige Jahre zuvor mit „qualitativem Wachstum“ vertreten haben. Das Konzept verlangt Nachhaltigkeit

in allen Lebensbereichen – nicht zuletzt im Hinblick auf die Altersstruktur der Bevölkerung und die Gestaltung der Rentensysteme. Nur eine nachhaltige Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ausgerichtet an den Naturgrundlagen des Wirtschaftens und den Bedürfnissen der Menschen, kann zu einer wirklich tragfähigen Lösung unserer gegenwärtigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt, bei den sozialen Leistungssystemen und in den öffentlichen Haushalten beitragen. □ Prof. Dr. Hans G. Nutzinger

Neue Maßstäbe in der Wirtschaft

Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Genug

Leben und Arbeit

Arbeit war für die Altvorderen Mittel zum nackten Überleben. Mühsam sich angleichend an den Rhythmus der Jahreszeiten, der Härte einer ungebändigten Natur ausgesetzt, versuchte die Menschheit ihrer Umwelt das Lebensnotwendige abzurufen. Kein Wunder also, dass die Bibel mit allen antiken Kulturen Arbeit als Zwang und Strafe, bestenfalls als notwendiges Übel auffassen konnte.

Erst das heraufziehende Industriezeitalter ließ die Morgenröte der Hoffnung auf eine drastische Verringerung der Arbeitslast aufziehen. Es war der Theologe Friedrich Daniel Schleiermacher, der darauf aufmerksam machte, dass die Maschinen die Menschheit von harter körperlicher Arbeit befreien könnten. Er verband diese Erkenntnis mit der Hoffnung, dass dann nicht mehr nur harte Arbeit das Leben prägen würde, sondern die Menschheit sich ihrer eigentlichen Bestimmung zuwenden könnte, der Kultur und der Religion.

Die Hoffnung des beginnenden 19. Jahrhunderts trog jedoch. Zwar verringerte sich die Arbeitszeit nach einem steilen Anstieg zu Beginn des Industriezeitalters kräftig. Mit Gewalt mussten die Menschen in die neue vom Rhythmus der Maschinen bestimmte Disziplin hineingepresst werden, die für uns quasi zur zweiten



Auch Religion und Kultur prägen das Leben.

schier unersättlich, die Ziele weichen jedes Mal weiter zurück, wenn wir den Horizont erreicht haben.

Dem Immer-mehr-Haben-Wollen setzt der biblische Maßstab der Gerechtigkeit ein „Genug“ entgegen: Wir brauchen eine *Ökonomie des Genug*, deren Erfolg sich daran bemisst, dass die Bedürfnisse der Ärmsten in der Gesellschaft befriedigt werden. Eine solche Ökonomie, wie sie im Kontext der ökumenischen

Bewegung entwickelt wird, muss das Wissen um die Begrenztheit der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen in die Organisation der Wirtschaft selbst integrieren: Die Selbstbegrenzung des Menschen unter den Bedingungen der Endlichkeit im Gegenüber zu Gott ist eine genuin christliche „Tugend“, die wir vom Individuellen in das System unserer Wirtschaft übertragen müssen.

Wenn die Bedürfnisse der Armen, in unserem eigenen Kontext wie global, den Maßstab bilden, dann steht eine „Ökonomie des Genug“ auch für eine Begrenzung beliebiger Konsumwünsche, ausufernder Arbeit und exzessiven materiellen Reichtums. Zu den Kennzeichen einer „sorgenden Wirtschaft“ könnten auch Elemente der Muße gehören, die der freien Gestaltung durch freie Menschen gewidmet sind. Die Fortschritte in der Produktivität könnten in echte Fortschritte für die Menschen umgemünzt werden. □ Pfarrer Dr. Thomas Posern



Dem Immer-mehr-Haben-Wollen setzt der biblische Maßstab der Gerechtigkeit ein „Genug“ entgegen: Wir brauchen eine *Ökonomie des Genug*, deren Erfolg sich daran bemisst, dass die Bedürfnisse der Ärmsten in der Gesellschaft befriedigt werden.

Natur geworden ist. Aber die Chancen der immensen Produktivitätsgewinne werden verspielt, statt alle an den Ergebnissen des Wirtschaftens zu beteiligen. Wir jagen einer Fata Morgana des „immer mehr, schneller, besser“ nach, die Leben verheißt und doch nur hohle, uneinlösbare Versprechung bleibt.

Die Marktgesellschaft ist nach dem Paradigma einer prinzipiell unersättlichen Habsucht konstruiert. Unsere Wünsche scheinen

Impressum

Verantwortlich: Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Margit Befurt, Ostendstraße 59, 60314 Frankfurt/M.

Redaktion: Margit Befurt, Dr. Brigitte Bertelmann, Dr. Thomas Posern, Marion Schick, Tel.: 069 489828-18, Fax: 069 440664, E-Mail: m.befurt@zgv.info

Layout: giebeler; design

Druck: Lautertal-Druck

Auflage: 4.500

Fotos: ZGV



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

